

Pressemitteilung

Umfrage: Noch immer große Offenheit für Flüchtlinge in den Kommunen

Integration findet vor Ort in den Kommunen statt. Wenn Städte, Kreise und Gemeinden über die Aufnahme und Eingliederung von Schutzsuchenden sprechen, geht es deshalb immer um praktische Fragen: Wie organisieren wir dezentrale Unterbringung, wie funktioniert der Zugang zu Sprachkursen, wie können Ehrenamtliche optimal unterstützt werden? Eine mit finanzieller Unterstützung der **Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz** erstellte Studie zeigt, dass die Kommunen die Integration von Flüchtlingen als Daueraufgabe verstehen.

Die zentralen Ergebnisse der **Studie „Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik“** des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI):

- **Kommunen sind im Integrationsmodus angekommen:** In vielen Städten, Kreisen und Gemeinden geht es längst um die Qualifizierung von Flüchtlingen und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Die Kommunen verstehen über die akute Nothilfe hinaus die Integration als Daueraufgabe.
- **Das Engagement von Ehrenamtlichen ist nach wie vor stark:** 90 Prozent der befragten Kommunen betonen, dass das bürgerschaftliche Engagement eine zentrale Ressource für sie darstellt und auch in den ersten Monaten des Jahres nicht nachgelassen hat.
- **Positive Stimmung überwiegt in den Gemeinden:** Zwei von drei befragten Kommunen berichten auch zu Beginn des Jahres 2016 von einer positiven Grundstimmung und einer ausgeprägten Offenheit in der lokalen Bevölkerung.
- **Kommunen greifen auf etablierte und neue Netzwerke zurück:** Vielerorts können Kommunen auf professionelle Einrichtungen wie Flüchtlingsräte, Migrantenorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Vereine zurückgreifen, die wertvolle Erfahrungen weitergeben.

HAUSANSCHRIFT
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

POSTANSCHRIFT
11012 Berlin

TEL + 49 (0)3018 400-2036
FAX + 49 (0)3018 400-1814

presse-integration@bk.bund.de
www.integrationsbeauftragte.de

03.06.2016

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, **Staatsministerin Aydan Özoğuz** erklärte zu den Ergebnissen:

„Ich freue mich, dass mehr als zwei Drittel der Kommunen von einer ungebrochenen Offenheit und positiven Grundstimmung der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen berichten. Anders als oftmals angenommen wird, kann von einem allgemeinen Überdruß oder Nachlassen des bürgerschaftlichen Engagements offenbar keine Rede sein. Im Gegenteil: Viele Engagierten ging es nicht nur um die schnelle Nothilfe, sie zeigen vielmehr auch Bereitschaft zum dauerhaften Engagement. Das ist eine schöne und hoffnungsfroh stimmende Nachricht.

Außerdem profitieren die Kommunen gerade jetzt von etablierten Netzwerken wie Flüchtlingsräten und Migrantenorganisationen. Das zeigt uns, wie wichtig diese Organisationen sind, die in der Vergangenheit oft nur unzureichende Anerkennung erfahren haben. Mit den hier erhobenen Daten ist klar geworden: Wenn wir Strukturen schaffen, die für Integration die richtigen Weichen stellen, stärken wir die Kommunen.“

Die Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, sagten:

„Wir freuen uns über das intensive und weiter anhaltende freiwillige Engagement der Bevölkerung. Die Unterstützung und ehrenamtliche Mitarbeit hilft ebenso wie das große Engagement in den kommunalen Verwaltungen, die aktuellen Herausforderungen der Integration zu meistern. Die Studie bestätigt auch die vielfältigen integrationspolitischen Erfahrungen in den Kommunen, die schon seit langem Strukturen für eine erfolgreiche Integrationspolitik aufgebaut haben. Integration in die Gesellschaft findet vor Ort statt, sie ist keine unbekannte Größe. Die Städte, Kreise und Gemeinden sind bereit, ihre besondere Rolle als lokale Integrationsmotoren wahrzunehmen, angesichts der enormen Herausforderungen brauchen sie aber genügend Unterstützung von Bund und Ländern.“

Die Befragung zur Studie „Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik“ wurde zu Beginn des Jahres durchgeführt. Es nahmen

insgesamt 270 Städte, Landkreise und Gemeinden teil. Die Studie ist erhältlich unter www.desi-sozialforschung-berlin.de/aktuelles.